

**ZEHN SCHRITTE FÜR DIE LANDESPOLITIK **WORAN WIR ARBEITEN WERDEN****

# **GLEICHE RECHTE FÜR FRAUEN UND MÄNNER**



## LIEBE LESERIN,

„Frauen und Männer sind gleichberechtigt“, so schreibt es unser Grundgesetz vor. Dennoch sind wir von einer Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen nach wie vor weit entfernt. Trotz der grundgesetzlich verankerten Gleichstellung von Frau und Mann, trotz einer gestiegenen Repräsentanz von Frauen in vielen gesellschaftlichen Bereichen, trotz besserer Bildungsabschlüsse von Mädchen bzw. jungen Frauen müssen wir feststellen, dass Frauen in den meisten Lebensbereichen noch immer benachteiligt sind. Ihre Bedürfnisse und unterschiedlichen Interessen werden nicht ausreichend berücksichtigt. Von sozialen Schieflagen, Armut, schlechten Arbeitsbedingungen, niedrigem Lohn und der alleinigen Verantwortung für Kinder sind Frauen überproportional betroffen.

Auch wenn nicht alle Faktoren, die dafür verantwortlich sind, durch die Landespolitik beeinflussbar sind, können wir doch einiges in Angriff nehmen, um die Lebensbedingungen von Frauen in Hessen entscheidend zu verbessern.

Besonders wichtig ist uns, dass wir überkommene Rollenbilder aufbrechen – im Beruf, im privaten Bereich, in allen Lebenslagen. Das bislang dominierende Alleinverdienermodell mit einem arbeitenden Mann, der Frau und Familie versorgt, entspricht nicht unseren Vorstellungen einer gleichberechtigten Partnerschaft. Um dies aufzubrechen, bedarf es nicht nur gesetzlicher Regelungen, sondern auch eines gesellschaftlichen Umdenkens.

Frauen sollen selbst entscheiden können, wie sie leben wollen. Sie sollen die gleichen Rechte einfordern und wahrnehmen können, wie dies für Männer selbstverständlich ist. Sie auf diesem Weg zu unterstützen, ist für uns Anspruch und Ansporn.

Auf den folgenden Seiten wollen wir Ihnen stichpunktartig darstellen, welche Sachverhalte wir uns als SPD-Fraktion vorgenommen haben, woran wir arbeiten und uns orientieren werden, damit es für Frauen in Hessen besser wird. Zu einigen Themen haben wir weitere Materialien im Angebot, die Sie mit dem Coupon auf der letzten Seite anfordern können.

Ihre

  
THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL  
SPD-Fraktionsvorsitzender



  
LISA GNADL  
Frauenpolitische  
Sprecherin



## INHALT

1	Chancen in der Bildung	4
2	Frauen mit Behinderung	5
3	Der öffentliche Dienst als Vorbild	6
4	Frauen in der Arbeitswelt	7
5	Gesundheit, Wohnen, öffentlicher Raum	8
6	Schutz vor Gewalt und Übergriffen	9
7	Frauen im Alter	10
8	Vereinbarkeit von Beruf und Familie	11
9	Frauen mit Migrationshintergrund	12
10	Die Hälfte der Macht	13
	Impressum	14
	Anforderungskarte	15



## CHANCENGLEICHHEIT IN DER BILDUNG

### FAKT IST:

Mädchen und Jungen sind in der Schule gleichberechtigt. Mädchen schaffen in der Regel die besseren Abschlüsse, sie machen häufiger Abitur als Jungs, sie verlassen weniger oft als Jungen die Schule ohne Abschluss. In Bezug auf die Bildungsabschlüsse sind Mädchen also vorne.

An den Universitäten ist die Lage schon ein bisschen anders. Zwar ist mittlerweile mehr als die Hälfte aller Studierenden weiblich, es gibt allerdings eine hohe Konzentration auf bestimmte Studiengänge. Viele – gerade die zukunftssträchtigen „MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) – verzeichnen nur einen geringen Frauenanteil. Und wenn es um den Einstieg in Führungsfunktionen an der Uni geht, haben Frauen leider oft das Nachsehen. Nur rund ein Fünftel aller Professuren in Hessen sind mit Frauen besetzt.

### WAS JETZT ZU TUN IST:

Um Kindern und Jugendlichen gleiche Lebenschancen zu eröffnen, müssen sie von Anfang an individuell gefördert und gestärkt werden. Sie brauchen Raum und Zeit für die Entwicklung ihrer eigenen Geschlechteridentität. Dafür bedarf es einer Bildungspolitik aus einem Guss, unserem „Haus der Bildung“, in dem kein Kind zurückgelassen wird. Dazu gehört für uns das Lernen in echten Ganztagschulen genauso wie der Ausbau der Schulsozialarbeit. Näheres hierzu können Sie einer Broschüre entnehmen, die mit dem Coupon auf der letzten Seite angefordert werden kann.

In der frühkindlichen Bildung und im Grundschulbereich fehlt es häufig an männlichen Rollenvorbildern. Dafür bedarf es gezielter Werbeprogramme und einer Aufwertung der Arbeit.

Mädchen müssen bereits in der Schule (und später auch an den Universitäten) mehr an MINT-Fächer herangeführt werden. Ihr Interesse an diesen Bereichen muss geweckt werden. Spezielle Informations- und Beratungskampagnen können hier gute Dienste tun. Umgekehrt gilt dies aber auch für Jungen, die verstärkt an frauendominierte Berufe herangeführt werden müssen. Nur so schaffen wir es, verkrustete Rollenbilder aufzubrechen.

An den Unis brauchen wir Zielquoten für den Frauenanteil bei Promotionen und Habilitationen sowie bei den Professuren. Diese müssen kontinuierlich fortgeschrieben werden, bis eine paritätische Besetzung auf allen Stufen erreicht wird. Das Land muss hier steuernd eingreifen und ggf. auch Fördermittel davon abhängig machen, dass Frauenförderung erfolgt. Dafür werden wir uns einsetzen.

Die paritätische Besetzung von Berufungskommissionen, aber insbesondere des Senats und der Präsidien ist notwendig, da diese zentrale Entscheidungsbefugnisse innerhalb der Universitäten haben.

## FRAUEN MIT BEHINDERUNGEN

### FAKT IST:

Frauen mit Behinderungen haben es doppelt schwer – gerade auch während der Ausbildung und im Beruf. Die hohen Anforderungen, die die heutige Arbeitswelt in Bezug auf Leistungsfähigkeit und Flexibilität stellt, sind von ihnen kaum zu erfüllen. Sie sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen und können ihren Traumberuf kaum verwirklichen.

Frauen mit Behinderungen erleben viel häufiger als der weibliche Durchschnitt der Bevölkerung diskriminierende Handlungen sowie psychische und physische Gewalt. Dies ergab eine Studie des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Jahr 2011, die erste repräsentative Studie, die zu diesem Thema durchgeführt wurde.

### WAS JETZT ZU TUN IST:

Die Schaffung barrierefreier Arbeits- und Ausbildungsplätze ist uns ein zentrales Anliegen. Wir wollen im öffentlichen Dienst Vorbild sein. Daher berücksichtigen wir die besondere Lebenssituation von Frauen mit Behinderungen in unserer Novellierung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes.



Im Rahmen des flächendeckenden Ausbaus der Infrastruktur zum Schutz von Frauen vor Gewalt muss den besonderen Belangen von Frauen mit Behinderungen Rechnung getragen werden. Dies gilt gerade auch für Frauen, die in Einrichtungen leben, weil sie in hohem Maße abhängig sind und sich nur schwer wehren können. Die Anlauf- und Beratungsstellen müssen barrierefrei für alle erreichbar sein, gleich welche Behinderung vorliegt.



## DER ÖFFENTLICHE DIENST ALS VORBILD

### FAKT IST:

Hessen vorne war früher einmal. Hessen liegt weit hinten, wenn es um Führungsfunktionen für Frauen im öffentlichen Dienst geht. Nur 9 % der Leitungsstellen bei den obersten Landesbehörden sind mit Frauen besetzt (Quelle: Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, 2011). Hessen ist damit mit Thüringen trauriges Schlusslicht. Im bundesdeutschen Durchschnitt sind es immerhin 20 % weibliche Führungskräfte im öffentlichen Dienst. Die Abteilungsleitungen wichtiger Ministerien in Hessen sind frauenfreie Zonen.

Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz, mit dem Hessen noch unter SPD-Führung einmal Maßstäbe gesetzt hat, wurde von CDU und FDP so lange verwässert, bis die Frauenbeauftragten fast gar keine Rechte mehr hatten. Sie dürfen jetzt zwar immer noch Diskriminierungen bemängeln, haben aber kaum Sanktionsmöglichkeiten, um ihre Forderungen auch durchzusetzen.

### WAS JETZT ZU TUN IST:

Wir brauchen dringend ein neues Hessisches Gleichberechtigungsgesetz, das Frauenförderung im öffentlichen Dienst voranbringt und ein gutes Beispiel für die „freie Wirtschaft“ abgibt. Nur mit klaren Vorgaben, an denen sich alle orientieren müssen, können mehr Frauen die „gläserne Decke“ durchbrechen.



Alle Personen, die in Führungsfunktion sind, müssen die Frauenförderung zu ihrer Aufgabe machen. Wir brauchen eine paritätische Besetzung in allen Gremien. Verstöße gegen das Gleichberechtigungsgesetz müssen Sanktionen zur Folge haben, zur Not sollen die Frauenbeauftragten auch vor Gericht ziehen können. Auch der Geltungsbereich des Gesetzes muss ausgeweitet werden, damit z. B. bei der Privatisierung von kommunalen Unternehmen es keine „Rolle rückwärts“ in Sachen Frauenförderung mehr geben kann.

Wir haben ein solches Gesetz auf den Weg gebracht, Sie können es bei uns anfordern (siehe letzte Seite).

## FRAUEN IN DER ARBEITSWELT

### **FAKT IST:**

Frauen sind heute öfter berufstätig, sie steigen nach der Geburt eines Kindes relativ schnell wieder in den Beruf ein. Ganz unterschiedliche Teilzeitmodelle kommen ihren Bedürfnissen nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie entgegen, bergen aber auch die Gefahr, dass ihre Alterssicherung unzureichend ausfällt. Viel zu häufig sind Frauen in Minijobs beschäftigt und haben überhaupt keine soziale Absicherung. Viel zu oft haben sie nur die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung, obwohl sie eigentlich mehr arbeiten möchten.

Und Frauen bekommen im Durchschnitt für ihre geleistete Arbeit immer noch gut 22 % weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen (Statistisches Bundesamt, Angabe für 2012). Neben Unterschieden in der Bezahlung bei gleichen Tätigkeiten liegt dies daran, dass die sogenannten Frauenberufe (pflegerische und erzieherische Tätigkeiten, Dienstleistungen etc.) schlechter bezahlt werden als „Männerberufe“ (Automechaniker, Techniker etc.).

Der Anteil an Frauen in Führungspositionen in der freien Wirtschaft stagniert auf niedrigem Niveau. 2011 waren in den Vorständen börsennotierter Unternehmen nur 3,4 % Frauen vertreten. In den Aufsichtsräten ist der Frauenanteil auf der Arbeitnehmerbank auf durchschnittlich 20,6 % angestiegen, auf Anteilseignerseite beträgt er lediglich 7,8 % (Quelle: Hans-Böckler-Stiftung).

### **WAS JETZT ZU TUN IST:**

Der unterschiedlichen Bezahlung muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Beispielsweise durch ein Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene, wofür wir uns im Bundesrat einsetzen werden, und durch bessere Bezahlung für Alten- und Krankenpflege, für die Arbeit in Kindertagesstätten. Für uns gilt der Grundsatz: gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Wir setzen uns für eine geschlechtergerechte und menschengerechte Arbeitswelt ein.

Ebenfalls unterstützen werden wir eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns. Gerade Frauen sind von Niedriglöhnen betroffen, hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Solange es in der Regel Frauen sind, die wegen Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen aus dem Beruf ganz oder teilweise aussteigen, brauchen wir Wiedereinstiegsprogramme, die unterstützend wirken. Auf die Fachkompetenz der betroffenen Frauen sollten wir nicht verzichten.

Wir machen uns für die Gesetzesinitiativen im Bundestag und Bundesrat stark, die eine feste Quote für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen vorsehen. Freiwillige Selbstverpflichtungen zur Steigerung des Frauenanteils lehnen wir ab, da sie bisher keine nennenswerten Verbesserungen erzielen konnten.

## **GESUNDHEIT, WOHNEN, ÖFFENTLICHER RAUM**

### **FAKT IST:**

In vielen Lebensbereichen „ticken“ Frauen anders als Männer. Die Wissenschaft hat lange Jahre gebraucht, um zu erkennen, dass sich ein Herzinfarkt bei Frauen anders ankündigt als bei einem Mann und dass Frauen auf Medikamente anders reagieren. Bei ihnen werden häufiger psychische Erkrankungen diagnostiziert, sie bekommen deutlich mehr Tabletten verschrieben, werden auch öfter tablettensüchtig. Geschlechtsspezifische Gesundheitskonzepte sind daher notwendig.

Einen Wohnungsbau, der den besonderen Interessen von Frauen gerecht wird, gibt es mittlerweile. Er ist aber die absolute Ausnahme geblieben. Gerade für Frauen, die alleine mit größeren oder kleineren Kindern zusammenleben, wäre es wichtig, passenden Wohnraum zu bekommen. Und dieser Wohnraum muss bezahlbar sein!

Der Frauenparkplatz im Parkhaus in der Nähe zum ständig besetzten Kassenraum ist mittlerweile Standard geworden, dunkle Unterführungen werden mehr und mehr zurückgebaut. Dennoch gibt es im öffentlichen Raum noch viel zu tun, um den besonderen Bedürfnissen von Frauen Rechnung zu tragen.

### **WAS JETZT ZU TUN IST:**

Frauengesundheit muss mehr Bedeutung bekommen. Wir werden prüfen, inwieweit an den hessischen Universitäten ein Forschungsschwerpunkt dazu installiert werden kann. Darüber hinaus wollen wir eine Initiative starten, um mehr Sensibilität für frauenspezifische Gesundheitsprobleme zu erreichen. Wichtig für schwangere Frauen ist eine gute Infrastruktur mit Hebammen, Geburtshäusern und Entbindungsstationen. Das wollen wir unterstützen und die Finanzierung von Schwangeren- und Schwangerenkonfliktberatung sicherstellen.

Der Wohnungsbau muss sich der zunehmenden Zahl von weiblichen Singlehaushalten aller Altersklassen und von alleinerziehenden Frauen mit Kind(ern) stellen und deren Bedürfnissen Rechnung tragen. Wohnungen für diese Zielgruppen müssen flexibler sein als die bisherige Praxis mit großem Wohnzimmer und kleinem Kinderzimmer. Wir werden dafür Sorge tragen, dass beim Wohnungsbau die weibliche Sicht der Dinge einfließen kann. Und für uns ist klar – Wohnen muss bezahlbar bleiben!

Frauen sollen sich sicher fühlen können, zu jeder Tageszeit, aber auch in der Nacht. Stadt- und Verkehrsplanung müssen auf dieses Erfordernis eingehen, öffentliche Einrichtungen müssen so konzipiert sein, dass „dunkle Ecken“ vermieden werden. Die Sicht der Frauen ist eine andere – deshalb müssen mehr Frauen an der Planung beteiligt werden.



## SCHUTZ VOR GEWALT UND ÜBERGRIFFEN

### FAKT IST:

Gewalt gegen Frauen ist allgegenwärtig, sie ist keine Frage des Alters oder der sozialen Herkunft. Eine Studie des Bundesfamilienministeriums ergab, dass 40 % der befragten Frauen körperliche oder sexuelle Gewalt oder beides seit ihrem 16. Lebensjahr erlitten haben. 58 % der Befragten haben unterschiedliche Formen von sexueller Belästigung erlebt! Leider bleiben auch die Neuen Medien wie das Internet und soziale Netzwerke nicht gewaltfrei – im Gegenteil, hier sind gerade junge Frauen und Mädchen betroffen.

Für Frauen ist das Risiko, durch einen Beziehungspartner Gewalt zu erfahren, weitaus höher als das Risiko, durch einen Fremden angegriffen zu werden. Jede vierte Frau hat Gewalt durch ihren jetzigen oder einen früheren Partner erfahren. Frauenhäuser und Beratungsstellen für Frauen in Hessen sind überlastet und können ihre Aufgabe, Frauen Schutz und Hilfe anzubieten, nur durch enormen Einsatz der Mitarbeiterinnen erfüllen. Das Land hat sich aus der Finanzierung von Frauenhäusern fast komplett herausgezogen. Viele Kommunen sind mit eigenen Mitteln eingesprungen, obwohl ihnen das aufgrund ihrer schwierigen finanziellen Verhältnisse schwergefallen ist. Auch viele Spendengelder wurden akquiriert.

### WAS JETZT ZU TUN IST:

Wir brauchen eine verlässliche Finanzierung für Frauenhäuser und Beratungsstellen, auch durch das Land. Das wollen wir im Rahmen eines verlässlichen Sozialbudgets sicherstellen. Im ganzen Land müssen in erreichbarer Nähe Schutz- und Beratungseinrichtungen für Frauen und ihre Kinder zur Verfügung stehen. Die Kapazitäten müssen sich an entsprechenden Vorgaben der Europäischen Union orientieren. Diese werden in Hessen derzeit nicht erfüllt, hier gibt es erheblichen Nachholbedarf. Langfristig wird eine bundeseinheitliche finanzielle Lösung notwendig sein.

Polizistinnen und Polizisten müssen für Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen verstärkt qualifiziert und fort- sowie weitergebildet werden. Wichtig ist außerdem, dass misshandelten Frauen immer eine Ansprechpartnerin bei der Polizei zur Verfügung steht.



## FRAUEN IM ALTER

### **FAKT IST:**

Frauen haben eine längere Lebenserwartung, viele von ihnen sind auch im hohen Alter noch mobil und leben selbstständig. Aber Frauen sind häufiger als Männer von Altersarmut betroffen, haben eine geringere Rente. Das viel niedrigere Erwerbseinkommen und häufigere Unterbrechungen durch Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen sind dafür die Ursache.

Isolation ist nicht nur in ländlichen Räumen ein Problem, auch in der Stadt vereinsamen Alleinlebende schnell. Gesundheitliche Versorgung, kulturelle Angebote, Einkaufsmöglichkeiten, Unterstützung durch ambulante Dienste – all dies muss in allen Regionen Hessens gesichert werden. Gerade in den ländlichen Regionen gibt es Handlungsbedarf. In vielen Dörfern wird durch den demografischen Wandel und die weitere Abwanderung junger Menschen in die städtischen Regionen der Anteil allein lebender Älterer steigen, und es werden vorwiegend Frauen sein.

### **WAS JETZT ZU TUN IST:**

Ob in der Stadt oder auf dem Land: Ältere wollen am liebsten so lange wie irgend möglich im eigenen Zuhause wohnen bleiben. Dazu muss der Anteil barrierefreier bzw. barriere-reduzierter Gebäude erhöht werden, es muss mehr Angebote an ambulanten Diensten geben. Die vorhandenen Dorfgemeinschaftshäuser sind zum Teil gut ausgestattet, müssen aber mit Leben gefüllt und zu Kommunikationsorten ausgebaut werden.

Für die gesundheitliche Versorgung sind alternative Konzepte erforderlich. Dabei muss berücksichtigt werden, dass Frauen eine spezifische soziale und gesundheitliche Beratung brauchen. Eine kultursensible Versorgung von Frauen aus anderen Kulturkreisen ist uns wichtig. Zu allen Fragen hat die SPD umfassende Antworten entwickelt, die gerne bei uns angefordert werden können (siehe letzte Seite).



## **VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE**

### **FAKT IST:**

Es gibt einen Rechtsanspruch auf einen Halbtagskindergartenplatz für Kinder ab drei Jahren. Zum 1. August 2013 wird es einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz auch für Kinder ab dem ersten Geburtstag geben. Dennoch ist es in Deutschland nach wie vor schwer, Kinderziehung und Beruf unter einen Hut zu bringen. Und es ist nach wie vor in den meisten Fällen Sache der Frauen, die Vereinbarkeit zu stemmen. Ganztagsplätze in Kitas, Ganztagschulen sind gerade in Hessen Mangelware. Hier fehlt Geld, das von CDU und FDP auf Bundesebene in Form des Betreuungsgelds verschwendet wird.

In den Betrieben zeigt sich eine ganz unterschiedliche Entwicklung. Manche Unternehmen haben erkannt, dass sie auf die weiblichen Fachkräfte nicht verzichten können, und tun deshalb einiges, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Dies gilt aber bei Weitem noch nicht für die Mehrheit der Betriebe.

### **WAS JETZT ZU TUN IST:**

Das Land muss mehr für die Kinderbetreuung tun und darf die Kommunen nicht mit dem Problem alleine lassen bzw. ihnen durch Mittelkürzung beim Kommunalen Finanzausgleich die Aufgabe noch schwerer machen. Das Land muss endlich dafür sorgen, dass es echte Ganztagschulen gibt und nicht nur unverbindliche Ganztagesangebote, bei denen noch nicht einmal die Mittagessenfrage geklärt ist. Wir haben Konzepte sowohl für Bildung, Betreuung und Erziehung in Krippe und Kita als auch für ein „Haus der Bildung“, das nicht nur Chancengleichheit sichert, sondern den Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit gutem Gewissen ermöglicht. Die ausführlichen Broschüren zu unseren Konzepten können Sie bei uns anfordern (siehe letzte Seite).

Das Land muss zum einen als Vorbild agieren und zum anderen die Unternehmen bei Modellen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen. Dies gilt nicht nur für die Betreuung von Kindern, sondern auch für die Pflege von älteren Angehörigen oder solchen mit Behinderungen.

Die Arbeitswelt muss familienfreundlicher werden, starker Leistungsdruck am Arbeitsplatz, zunehmende befristete Beschäftigung und die ständige Forderung nach Flexibilität senken die Bereitschaft, eine Familie zu gründen. Auch deshalb brauchen wir wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.

Ein Schwerpunkt sollte darauf gelegt werden, auch Vätern mehr Möglichkeiten zu geben, die Kinderbetreuung zu übernehmen. Gerade hier besteht die Chance, überkommene Rollenbilder aufzubrechen. Das werden wir in Angriff nehmen.

## FRAUEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

### FAKT IST:

Frauen aus anderen Kulturkreisen haben es oft mit sehr patriarchalischen Familienstrukturen zu tun. Traditionelle Rollenbilder sind in der Erziehung viel stärker präsent. Schwierigkeiten mit der Sprache erschweren die Kommunikation mit Menschen außerhalb der Familie. Mädchen, die hier heranwachsen, sind zum einen mit ihrem in der Tradition des Herkunftslandes verankerten Rollenbild konfrontiert, das noch viel mehr als unsere „einheimischen“ Rollenbilder auf die dienende Funktion beschränkt ist. Zum anderen erleben sie in Schule und Freizeit völlig andere Vorbilder. Daraus entsteht oft ein hohes Konfliktpotenzial, gerade im Jugendalter. Dies gilt aber bei Weitem nicht für alle Mädchen oder jungen Frauen mit Migrationshintergrund. Der überwiegende Teil von ihnen ist integriert und hat damit die gleichen Probleme, Wünsche und Pläne wie alle anderen auch.

### WAS JETZT ZU TUN IST:

Der Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren bietet die Chance, Frauen mit Migrationshintergrund zu erreichen. Dort können sie auf Sprachkurse aufmerksam gemacht werden und alle weiteren Unterstützungsangebote erhalten. Der Kontakt mit anderen Eltern fördert die Integration. Die Einrichtungen müssen aber auch in die Lage versetzt werden, diesen vielfältigen Herausforderungen gerecht zu werden. Dazu gehört insbesondere entsprechend ausgebildetes Personal, das genügend Zeit zur Verfügung hat!

Für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund müssen besondere Beratungs- und Hilfsangebote zur Verfügung stehen, die ihnen in Zwangssituationen und familiären Konflikten helfen. Dazu müssen keine neuen Anlaufstellen geschaffen werden, die bestehenden aber müssen auf die besonderen Erfordernisse vorbereitet sein. Hinweise auf diese Hilfen müssen selbstverständlich auch in unterschiedlichen Sprachen vorhanden sein.

Unsere integrationspolitischen Leitlinien gehen detaillierter auf die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund ein. Sie können diese ebenfalls bei uns anfordern (siehe letzte Seite).



## DIE HÄLFTE DER MACHT

### FAKT IST:

Die Debatte um die Quote bei Listenaufstellungen für Wahlen, aber auch der politische Diskurs um Themen wie Schwangerschaftsabbrüche haben die Frauenbewegung in den 70er- und 80er-Jahren des vorigen Jahrhunderts vorangebracht und zumindest auf der linken Seite des Parteienspektrums für einen erheblich größeren Anteil an Frauen in verantwortlichen Positionen gesorgt. Damit ist aber erst ein Schritt getan, dem weitere folgen müssen. Denn nach wie vor sind Frauen in der Politik unterrepräsentiert. Sie sind in wichtigen Entscheidungsgremien wie z. B. im Rundfunkrat in der Minderheit. Das liegt neben den männerdominierten Strukturen auch daran, dass es schwer ist, neben der Vereinbarung von Beruf und Familie auch noch ein weiteres Engagement zu schultern.

### WAS JETZT ZU TUN IST:

Frauen steht die Hälfte der Macht zu. Daher verfolgen wir das Ziel, alle politischen Ämter, Gremien, Aufsichtsratspositionen zukünftig paritätisch zu besetzen. Dies setzt natürlich voraus, Frauen entsprechend zu fördern, damit sie diese Funktionen übernehmen können. Mit Mentorinnenprogrammen wollen wir den weiblichen Nachwuchs gezielt fördern. Nur durch mehr Beteiligung von Frauen im politischen Prozess erreichen wir das Ziel, die unterschiedlichen Perspektiven und Lebensbedingungen von Frauen gleichermaßen bei allen politischen Entscheidungen einzubeziehen und damit die Lebenswirklichkeit auch zu verändern.

Die hessische SPD-Landtagsfraktion macht Frauenpolitik wieder zum integralen Bestandteil von Regierungspolitik. Eine durchsetzungsfähige und emanzipative Frauenpolitik bedarf eines eigenständigen Politikbereichs. Die Geschlechterperspektive muss in allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Frauenpolitik wird in unserer Regierungsverantwortung zur Querschnittsaufgabe werden und in alle Themenfelder einfließen.



**IMPRESSUM:**

**HERAUSGEBER:**

SPD-Landtagsfraktion,  
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

**REDAKTION:**

Hiltrud Wall (V. i. S. d. P.)  
Tel.: +49 611 350-516  
Fax: +49 611 350-511  
spd-fraktion@ltg.hessen.de

**GESTALTUNG UND UMSETZUNG:**

augenfällig, Wiesbaden

**BILDER:**

- © korkey - pixelio.de (S3)
- © goodluz - Fotolia.com (S5)
- © Dieter Schütz - pixelio.de (S9)
- © Yuri Arcurs - fotolia.com (S12)
- © clipdealer.de (S1,6,10)
- © Franck Boston - Fotolia.com (S16)

1. Auflage 2013





**JA, ICH WÜNSCHE WEITERES INFOMATERIAL  
ZU FOLGENDEN THEMEN**

- Entwurf eines Hessischen  
Gleichberechtigungsgesetzes
- Broschüre „Altersgerechter Umbau auf dem Land“
- Broschüre „Spielen, leben, lernen“
- Broschüre „Haus der Bildung“
- Broschüre „Integration für Hessen“
- Broschüre „Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag“

---

Name/Vorname

---

Institution/Funktion

---

Anschrift

---

Tel./E-Mail

---

Datum/Unterschrift

per Fax an: **+49 611 350-511**  
oder per Post an umseitige Adresse



**SPD-Fraktion im  
Hessischen Landtag**  
Postfach 3240  
65022 Wiesbaden